

Erstausgabe
nachmittags 4 Uhr mit
Namme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., vierteljährlich
1.50 Mk. pränumerando bei
freier Zustellung. Durch die
Post bezogen 1.65 Mk.
Postzeitungskarte 6255a,
Nachtrag VII.

Volksblatt

Insertionsgebühren
beträgt für die 5 gespaltene
Zeile oder deren Raum
15 Pf., für Wohnungs-,
Verkehrs- und Versammlungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
nachmittags 1/2 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S. und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölsberggasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 192.

Halle a. S., Mittwoch den 19. August 1891.

2. Jahrg.

Ueber die wirtschaftliche Lage der rumänischen Bauern

finden wir in dem Almanach de la Question sociale et de la libre pensée pour 1891 (Almanach für die soziale Frage und den freien Gedanken für 1891), den der Advokat am Pariser Appellhofe, Herr Argvriades, herausgibt, einen Artikel, der uns der Uebersetzung wert erscheint, zumal er so recht anschaulich klar macht, wie es nicht nur in Rumänien, sondern überall bei der „Bauernbefreiung“ zugegangen ist. Wir folgen der Uebers. der „Fr. Pr.“

Diese Befreiung der Bauern in Rumänien hat sich eben erst in neuester Zeit, in den letzten Jahren vollzogen und weist trotzdem ganz denselben Charakter auf, wie die Bauernemanzipation in Nord- und Ostdeutschland am Anfang dieses Jahrhunderts. Die großen Grundbesitzer blieben hier wie dort übermächtig reich und Herren des Landes.

Herr Argvriades schreibt: Die rumänische Gesellschaft teilt sich, wenn auch nicht geistlich, so doch wenigstens geschichtlich in drei Klassen: die Bojaren oder Großgrundbesitzer, die Bauern und die Bürger. Aber die beiden ersten Klassen sind die wichtigsten, denn fast der gesamte Handel Rumäniens hängt von der Landwirtschaft ab, die Industrie ist äußerst unbedeutend. Vor dem berühmten Agrargesetz von 1864 gehörte alles Land den Bojaren und den Kisten. Es gab wohl in einigen Dörfern, hier und dort, Bauern, doch nomi- nennamt, welche Ländereien besaßen, aber ihre Zahl war verhältnismäßig klein. Jeder Bojar, Besitzer ungeheurer Flächen, besaß ein oder mehrere Dörfer, deren Einwohner im vollen Sinne des Wortes Sklaven waren, indem sie zwar die kleinen ihnen gehörigen Grundstücke für eigene Rechnung bearbeiteten, aber dadurch gleichzeitig verpflichtet waren, alle übrigen dem Bojaren gehörigen Ländereien für dessen Rechnung zu bearbeiten.

In Rumänien nennt man jeden Landkomplex, welcher ein, zwei oder drei oder mehrere Dörfer umfaßt, „woisia“ (Farm, Pachtgut). Unter den Landwirten unterscheidet man zwei Klassen: die Zinsleute, Arentalier genannt, welche die größeren Ländereien oder Güter der Bojaren pachteten, und die Bauern, welche heute alle kleine Besitzer sind.

Das Agrargesetz vom 30. August 1864 exproprierte die Großgrundbesitzer aus einem Teile ihres Grundbesitzes und bewilligte ihnen, der vier Dörfern und eine Kuh besaß, elf Bogonen Land (ungefähr 5 Hektaren) und acht Bogonen demjenigen, welche nur ein Paar Ochsen und eine Kuh hatten. Denen, welche weder Ochsen noch Kühe besaßen, gab man nur 10 viel Land, als sie für ihre Familie bedurften und verpflichtete alle, das ihnen überwiesene Land in jährlichen Raten und in dem Zeitraume von fünfzehn Jahren zu bezahlen. Diese fünf Hektare oder acht Bogonen sollten der Theorie nach für das Bedürfnis des Bauern genügen, aber die Praxis hat das Gegenteil bewiesen. Ihr Grundstück liefert kaum das nötige Futter für die Tiere. Sie sind also

verpflichtet, das Land anderer Besitzer zu bearbeiten und dies sind wiederum einzig und allein die Bojaren, welche für ihre Person drei oder viermal soviel Land besitzen, als alle Bauern zusammen.

Das Gesetz von 1864 beseitigte allerdings dem Buchstaben nach den Zehnten und die Frohndienste, in Wirklichkeit blieben aber beide bestehen, denn der Bojar, der da weiß, daß der Bauer ohne ihn nicht bestehen kann, ist kein unerbittlicher Feind und legt ihm die denkbar härtesten Lohnbedingungen auf. In Wahrheit arbeiten heute die Bauern für die Bojaren mehr, als vor dem Gesetz von 1864.

Es haben somit die früheren physischen und materiellen Leistungen der Bauern sich zum großen Vorteil der Großgrundbesitzer vermehrt.

Um dies klar zu beweisen, geben wir in Nachstehendem eine genaue Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Bauern vor dem Gesetz von 1864 und seiner gegenwärtigen Verhältnisse.

Früher war der Bauer gesetzlich gezwungen, für den Bojaren zu arbeiten:

1. Er selbst und seine Kinder zweiundzwanzig Tage im Jahre.
2. Für diesen auf einem Bogon Land alle Feldarbeiten das ganze Jahr hindurch inklusive der Ernte zu verrichten.
3. Den Zehnten von allen Erträgen des ihm überlassenen Grund und Bodens abzugeben.

Als Entschädigung gab der Großgrundbesitzer dem Bauern soviel Land zur Bearbeitung, als er für seine und seines Hausstandes Bedürfnisse bedurfte.

Seit dem Gesetz von 1864 sind die Bauern frei und können nicht mehr wie früher von ihrem Grund und Boden verjagt werden — das ist schon ein Fortschritt —, aber dennoch sind sie eben gezwungen, sich an den Bojaren zu wenden und mit diesem Verträge (soweit sie zu schließen, durch welche sie sich freiwillig dem Frohndienst unterwerfen.

Diese Verträge oder Kontrakte sind nicht alle gleich, sondern je nach den Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage des Großgrundbesitzes und des Bestandes an Gemeinbüdnen verschieden.

Die gewöhnliche Form solcher Verträge ist folgende:

Der unterzeichnete Großgrundbesitzer oder Pächter verpflichtet sich, dem Bauer N. N. soviel Land und Viehen zu übergeben, als er für seinen Mann und zu seinem Haushalt bedarf. Dagegen verpflichtet sich der Bauer N. N.:

1. Für den Bojaren drei Bogonen (zwei besetzt mit Weizen und einen mit Mais) vollständig zu bearbeiten, d. h. zwei Bogonen mehr als zur Zeit der gesetzlichen Frohndarbeit;
2. Sechs Tage im Jahr für den Bojaren zu arbeiten;
3. Ein oder zwei Lasten Getreide bis zum nächsten Hafen zu schaffen;
4. Als Zehnten von der auf dem dem Bauern überwiesenen

10] Die Marquise von O

von Heinrich v. Kleist.

Der Kommandant, von dieser seltsamen Erscheinung betroffen, fragte, was vorgefallen sei; und erlaubte, da er in diesem entscheidenden Augenblick den Grafen Fr. . . im Zimmer erblickte. Die Mutter nahm den Grafen bei der Hand und sagte: frage nicht; dieser junge Mann bereut von Herzen alles, was geschehen ist, gib Deinen Segen, gib, gib, so wird sich alles noch glücklich endigen. Der Graf stand wie vernichtet. Der Kommandant legte seine Hand auf ihn; seine Augenwimpern zuckten, seine Lippen waren weiß wie Kreide. Moge der Fluch des Himmels von diesen Scheiteln weichen! rief er; wann gebestent Sie zu heiraten? — Morgen, antwortete die Mutter für ihn, denn er konnte kein Wort hervorbringen, morgen oder heute, wie Du willst; dem Herrn Grafen, der so viel schöne Verehrer gezeigt hat, sein Vergehen wieder gut zu machen, wird immer die nächste Stunde die liebste sein. — So gab ich das Vergnügen, Sie morgen um 11 Uhr in der Augustinerkirche zu finden! sagte der Kommandant; vernichte sich gegen ihn, rief Frau und Sohn ab, um sich in das Zimmer der Marquise zu verfügen, und ließ ihn stehen.

Man bemühte sich vergebens, von der Marquise den Grund ihres sonderbaren Betragens zu erfahren; sie lag im heftigsten Fieber, wollte durchaus von Vernehmung nichts wissen, und bat sie allein zu lassen. Auf die Frage: warum sie denn ihren Entschluß plötzlich geändert haben? und was ihr den Grafen gefährlicher machte als einen andern? sah sie den Vater mit großen Augen streifend an, und antwortete nichts. Die Oberstin sprach: ob sie vergessen habe, daß sie Mutter sei? worauf sie erwiderte, daß sie in diesem Falle mehr an sich

Landes erzielten Ernte ein Siebentel abzugeben (d. h. fast ein Drittel mehr als früher). Diese Bedingungen sind so drückend, daß es Bauern giebt, welche es vorziehen, dieselben nicht anzunehmen und statt dessen lieber die Hälfte ihrer eigenen Ernte abzugeben.

Aus diesem Grunde erscheint es im Interesse des rumänischen Bauernstandes hohe Zeit, daß diese freiwilligen Frohndienste aus Zehnten dadurch beseitigt werden, daß man die Bojaren aus einem entsprechenden Teil ihres Grundbesitzes in Rücksicht auf das öffentliche Wohl expropriert und so den Gemeinbesitz der Bauern vermehrt. Da die Bojaren gewöhnlich sehr reich sind (es giebt deren solche, welche 50 000 Hektaren Land besitzen), so geben sie ihre Ländereien aus erster Hand am liebsten an Domänenpächter ab.

Was solche große Pachtgüter in Rumänien anbetrifft, so umfassen dieselben zwischen 1500 bis 4000 Hektaren, aber es giebt Domänen, welche bis 20 000 Hektaren haben und andere, die nur 300 Hektaren umfassen.

Nachdem das Gesetz vom Jahre 1864 die Landwirtschaft sehr gehoben hat, sind die Güter, obwohl um das den Bauern überwiesene Land kleiner, in ihrem Wert doch bedeutend gestiegen. So repräsentiert z. B. die b m Staats gehörige Domäne Gurgone mit fünf Dörfern gegenwärtig an Wert den Jahresertrag von 260 000 Francs, während sie vor 1864 etwa 170 000 Francs jährlich abwarf.

Seit der Aufhebung der Klöster besitzt der Staat ungeheure Domänen. Diese Domänen verpachtet er entweder, oder er beutet sie auch selbst nach Kräften aus, oder verkauft auch einzelne Teile davon.

Aus dieser Darstellung sieht man, wie die wenigen Großgrundbesitzer in Rumänien in unserer Zeit ebenso durch die bessere Ausnutzung des Landes, wie durch die Art, wie die Bauern von den Frohndiensten freigemacht wurden, noch reicher geworden sind, als sie vorher waren.

Dies liefert einen vortheilhaften Beweis, wie große Kapitalisten entstehen und wie wenig mit solcher Reichthumsanbahnung im großen und allgemeinen das Sparen zu thun hat.

Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage.

(Nach dem Berichte des Parteivorstands an den Präsi- der internationalen Kongress.)

Am 6. Mai trat der Reichstag nach der Neuwahl zum erstenmale zusammen. Eine der ersten Handlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war die Einbringung eines Arbeiterchutzgesetzes, dessen Bestimmungen sich den Vorschlägen des Pariser internationalen Arbeiterkongresses anpaßten. Zum erstenmale wurde in diesem Entwurfe in einem deutschen Parlamente die gesetzliche Einführung des achtstündigen Normal-Arbeitstages gefordert. Da bei der bisherigen völlig unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit die täg-

wo er mit der Familie in irgend eine Verührung kam, hatte er es zu verstanden, daß er, nach der nunmehr erfolgten Entbindung der Gräfin von einem jungen Sohne, zur Laufe desselben eingeladen ward. Die Gräfin, die mit Teppichen bedekt auf dem Bodenbette saß, sah ihn nur auf einen Augenblick, da er unter die Thür trat, und sie von weitem ehrsüchtvoll grüßte. Er warf unter den Geschenken, womit die Gäste den Neugeborenen bewillkommten, zwei Papiere auf die Wiege desselben, deren eines, wie sich nach seiner Entfernung auswies, eine Schenkung von 20 000 Rubel an den Knaben, und das andere eine Testament war, in dem er die Mutter, falls er stirbe, zur Erbin seines ganzen Vermögens einsetzte. Von diesem Tage an ward er auf Veranstaltung der Frau von O öfter eingeladen; das Haus fand seinem Eintritt offen, es verging bald kein Abend, da er sich nicht darin gezeigt hätte. Er fing, da sein Gefühl ihm sagte, daß ihm von allen Seiten, um der gerechtfertigten Einziehung der Welt willen, verziehen sei, seine Bemerkung um die Gräfin, seine Gemahlin, von neuem an, erhielt nach Verlauf eines Jahres ein zweites Savori von ihr, und auch deren Abschluß die ganze Familie nach O h. anzu- gehen. Eine ganze Reihe von jungen Ruffen folgte jetzt noch dem ersten; und da der Graf in einer glücklichen Stunde seine Frau einst fragte, warum sie an jenem frühsteren dritten, da sie auf jeden Väterthaten gefaßt schien, vor ihm gleich einem Teufel geflohen wäre, antwortete sie, indem sie ihm um den Hals fiel: er würde ihr damals nicht wie ein Teufel erschienen sein, wenn er ihr nicht bei seiner ersten Erscheinung wie ein Engel vorgekommen wäre.

E n d e .

spielen. Jedoch der Herr Pastor ist ein sehr naiver Mann, da wird er wohl kein böser Mann sein. Auch das folgende Städtchen Klingt bescheiden. Lokal-Schulinspektor Pastor J. sagt dem Lehrer A. in S.:

lassen Sie morgen die Sommerferien beginnen; es sind in den letzten Tagen zahlreiche Bitten um Dispensationen an mich ergangen.

Der Lehrer war über diese Eröffnung sehr wenig erbaut; vergebens erlachte er sich einige Vorstellungen und Erwiderungen, der Pastor, als „geborener“ Vorgesetzter, bestand auf seiner Anordnung. Am nächsten Tage, da der Unterricht geschlossen werden sollte, richtete sich der Lehrer bei den Kindern, wer denn in der Ernte beschäftigt werden sollte. Ein einziger Schüler erhebt sich. „Wer hat Dich zur Hilfe bei den Centarbeiten gebungen?“ fragte der Lehrer. „Der Herr Pastor!“ antwortete der Knabe.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Zürich hat folgenden Bericht an den internationalen sozialistischen Kongress in Brüssel 1891* erlassen:

In einem Lande wie die Schweiz, dessen einzelne Industriebezirke mit ihren speziell vorkommenden Berufsarten entfernt von einander liegen, welches sprachliche Verschiedenheiten aufweist, und dessen Einheit durch 23 souveräne Kantone, mit öf. gegenteiligen Institutionen, gefährdet wird, in einem Lande, das von jeher das Wandergelübde einer großen Zahl fremder Arbeiter war, da mußte auch die Arbeiterbewegung notwendigerweise andere Bahnen gehen, als anderswo. Wir bilden in diesen Tagen zurück auf das abgelaufene sechste Jahrzehnt unserer Freiheits- und politischen Kämpfe, 600 Jahre republikanischer Geschichte liegen hinter uns. Sie haben uns viel Schönes gebracht, aber gerade die letzten Jahre haben uns gelehrt, daß es ein sehr kleiner Unterschied sein kann zwischen einer Republika und Bourgeoisvertreter und einer Monarchie, denn die letzten Jahre brachten uns die politische Polizei. Doch hat uns dies vergeblich infiziert aus wiederum etwas Gutes gebracht, was die Schöpfer desselben nicht vermuteten — es hat der Arbeiterbewegung einen Stoß verleiht, der sie aus langjähriger lethargischer Auftriebslosigkeit trug. Die Träger der Schweizerischen Arbeiterbewegung waren bis vor kurzer Zeit hauptsächlich die fremden Arbeiter und namentlich die Deutschen. Seit der Inauguration der politischen Polizei hat sich dies wesentlich geändert, indem unsere Arbeitsleute sich mehr als bisher an der Bewegung beteiligten. Sie sahen ein, daß ein Volk auf dem Papier politisch frei sein und doch kein freies Volk sein kann, und daß politische Freiheit und wirtschaftliche Abhängigkeit nebeneinander Platz haben. Damit ist auch der Fremdenhaß, der sich sehr breit machte, im Allgemeinen begriffen, wenn auch leider noch nicht ganz verschwunden. Heute dürfen wir getrost behaupten, daß die Fachvereine und Gewerkschaften in ihrer Weisheit auf sozialistischen Boden stehen und mit dem Bewußtsein, daß es nicht allein die politische Freiheit ist, welche wir erstreben sollen, hat auch die Verbindung der internationalen Arbeitervereinigungen zugekommen. Bis vor kurzem gingen die Verbindungen der einzelnen gewerkschaftlichen Verbindungen auseinander und ist es nicht gelungen, eine Einheit der Agitation und der Ziele herzustellen. Jeder Verband glaubte, wenn er einige hundert Mitglieder zählte, sich selbst genug zu sein und andere nicht zu bedürfen. Unsere welchen Gewerkschaften, etwas zäheren, lebhafteren Geistes als wir deutsch-sprechende Ostschweizer, singen allwärts miteinander an und brachten nichts oder wenig zum richtigen Ende. Dagegen ist allerdings zu sagen, daß ein ansehnlicher Teil unserer deutsch-schweizerischen Arbeiter überhaupt garnichts angefangen hat. Hierin macht sich nun in den letzten Jahren ein bedeutender Fortschritt zum Besseren geltend, das Gefühl, es könne nur durch gemeinsames Handeln etwas Erzielt, nur durch Zusammenstoß eine starke widerstandsfähige Organisation geschaffen werden, breitet sich in der deutschen und schweizerischen Schweiz aus. Es sind natürlich in einem so kleinen Lande auch kleine Zögeln, mit denen die Arbeiterschaft rechnen muß, denn leider sind die Arbeiter der Hauptindustrien unseres Landes zur Organisation noch nicht zu bewegen. So zählt die Baumwollindustrie, mit ca. 35.000 Arbeitern, eine einzige Gewerkschaft; die Seidenindustrie, mit ca. 30.000 Arbeitern, ebenfalls nur eine; die Wollindustrie, mit ca. 4.000 Arbeitern, gleichfalls nur eine; die übrige Textilindustrie, mit ca. 5.000 Arbeitern, weist ebenfalls nur eine auf, den Pflanzverein Basel. Auch in der Eisenindustrie, mit ca. 20.000 Arbeitern, besteht nur ein kleiner Gewerkschaftsverband, der Rest ist nur in einem Krankenkassenverband organisiert, der aber bloß ca. 6.000 Mitglieder zählt. Grund zum Klagen ist also nicht vorhanden. Aber selbst bei der Maschinenindustrie, deren Arbeiter als die intelligentesten bezeichnet werden, ist die Zahl der gewerkschaftlichen Organisationen noch klein und steht im Verhältnis von 1 zu 8. Etwas besser ist das Verhältnis in der Lederindustrie, welche ca. 30.000 Arbeiter beschäftigt, davon sind 12—15.000 organisiert. Die Holzarbeiter dagegen stehen hinter den Maschinen- und Metallarbeitern noch zurück, indem kaum 1.300 organisiert sind, während man ungefähr 10—12.000 Arbeiter dieser Branche annehmen kann. (Hieran schließt sich eine Betrachtung der hauptsächlichsten Berufsverbände.)

Die Kongress wurde heute um 10 Uhr vormittags im Festsaale des „Maison du peuple“ eröffnet. Der Saal, mit Guirlanden und Emblemen der Brüsseler Arbeitervereine dekoriert, ist dicht gefüllt. Verschieden begrüßt die Versammlung. Zum erstmaligen seien alle sozialistischen Fraktionen in einem Kongress vereint. Der Kongress werde sich nicht mit theoretischen, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen, welche sich auf die Befreiung des Proletariats beziehen. Der Brüsseler Arbeiterführer Bolbers bezeichnet den alle Nationalitäten vereinigenden Kongress als eine bereits gewonnene Schlacht; er teilt die Geschäftsordnung des Kongresses mit und hofft, der Kongress werde den Beginn einer neuen ruhmvollen Ära für die Partei bezeichnen. Beide wurden von Liebenicht ins Deutsche, von Frau Aveling-Marg ins Englische überetzt. Hierauf verammelten sich alle Nationalitäten, jede in besonderem Saale, behufs Prüfung der Mandate. — Nachmittags 8 Uhr fand die zweite Sitzung des Kongresses behufs Konstituierung des Büreaus durch von den einzelnen Nationen ernannte Delegierte statt. Bailant, ehemaliges Mitglied der Pariser Kommune, und der deutsche Reichstags-Abgeordnete Singer wurden als gemeinsame Präsidenten dieser Sitzung ernannt. Bailant weist auf die symbolische Bedeutung dieser Wahl hin. Arbeiter zweier feindlicher Nationen reichen sich freundschaftlich die Hand, um gegen die Väter vererbenden Bündnisse zu Gunsten des Friedens zu protestieren, den das internationale Proletariat mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde. (Stürmischer Beifall.) Singer sprach im gleichen Sinne. Hierauf fand die Wählung der Mandate im Plenum des Kongresses statt. Bolbers teilt mit, die belgische Partei habe die Mandate von 302 Delegierten (175 Ausländern und 127 Belgiern) für richtig befunden. Deutschland ist durch 40 Delegierte mit 99 Mandaten, Oesterreich durch 11 Delegierte mit 18 Mandaten, Spanien durch einen Delegierten mit 40 Mandaten, Frankreich durch 60 Delegierte mit 596 Mandaten vertreten, Holland durch 9 Delegierte (zwei Mandate werden für ungültig erklärt), fünf rumänische Delegierte haben sechs Mandate inne und sechs Schweizer-Delegierte vertreten alle Gruppen der Schweiz.

Brüssel, 17. August. Die Sitzung begann um 11 Uhr 45 Minuten in dem vollgedrängten Saale, in welchem sich die Delegierten nach Nationalitäten gruppiert hatten. Der Präsident Anrele (Gent) verließ zunächst die Geschäftsordnung. Sodann wird die Ankunft von weiteren fünf französischen, fünf englischen, zwei italienischen und einem dänischen Delegierten angezeigt. (Beifall.) In betreff der Zulassung des italienischen Anarchisten Merlino alias Levy wird beschlossen, die Entscheidung hierüber der italienischen Sektion zu überlassen, wobei stellt einige Anträge zur Geschäftsordnung. Die polnischen Delegierten von Posen beschwerten sich darüber, daß ihr Antrag auf Erziehung municipaler Bäckereien nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist. Der Präsident erwidert, er befinde sich nicht unter den 40 Anträgen für die Tagesordnung, die vor Eröffnung des Kongresses bei dem Bureau eingelaufen seien. Der Delegierte des Thüringer Verbandes der Textilarbeiter beantragt, daß die Textilarbeiter deutscher und französischer Zunge zunächst gebondet beraten und sodann zu gemeinsamer Beratung über die internationalen Interessen zusammenzutreten. Die Sitzung wird um 12 Uhr 40 Minuten geschlossen.

Die Nachmittags-Sitzung begann um 4 Uhr. 60 Rechts-erklärter sind anwesend. Eine längere Diskussion entfällt sich über die Frage, ob Punkt 2 und Punkt 10 des Programms, betreffend das Realisations- und Streikrecht, sowie die internationale Verbindung und Propaganda zusammen oder getrennt zu verhandeln seien. Man beschließt die Trennung der beiden Punkte. Delegierter Bolbers bringt ca. 100 Zustimmungstelegramme aus allen Teilen Europas, namentlich aus Deutschland, zur Verlesung. Dr. Aveling kündigt die Ankunft einer Delegation freireichender Tischler aus London an, welche erludnen, dem Kongress beizuwohnen zu dürfen, um sich an der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage des Realisationsrechtes, für welche sie den Streit begannen, zu beteiligen. Der Präsident kündigt an, daß auf Kosten der belgischen Arbeiter am nächsten Sonntag ein Separatrat der Kongressmitglieder nach Gent führen werde, um dort die Einrichtungen der sozialistischen Gesellschaft „Booruit“ zu besichtigen. Bei diesem Anlasse bemerkt Delegierter Gilles-London, daß man in London im Begriff sei, die Einrichtung der Gesellschaft „Booruit“ nachzubilden. Heute abend findet in der „Maison du peuple“ ein Verbrüderungsfest statt. Die heutige Sitzung schloß um 5 Uhr 20 Min.

Die Anarchisten beschließen, angesichts ihres Ausschusses von den Verhandlungen des Kongresses Sonnabend abend ein großes Meeting zu veranstalten. Morgen treten die Delegierten der Metallarbeiter zu einem internationalen Spezialkongress zusammen.

Aus Stadt und Land.

Halle, 18 August.

Das Strafverfahren gegen Genossen Jul. Ebeling wegen Vergehens gegen § 270 b. St.-G.-B. (wissenschaftliche Verbreitung einer falschen Urkunde) ist eingestellt. Dagegen aber wegen derselben Sache Anklage wegen Verübung groben Unfalls erhoben. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um Verbreitung von Eintrittskarten zu einem Antimilitarvortrag. Die Karten sind demselben von unbekannter Seite zugesellt worden und erwiesen sich später als nachgemachte. Der Termin ist auf den 21. September angelegt.

Zu der „Saale-Bez.“ finden wir folgende Annonce: „Um „rite“ die Doktorwürde zu erwerben, erteilt wissenschaftl. ebild. Männern, gestützt auf Gelehr- und Erfahrung, einschläg. Information unter M. V. 84 Robd. Allg. Jg., Berlin SW.“ Die einschlägigen Informationen sind nun aber so bekannt

oder doch allen Interessenten so leicht zugänglich, daß hinter der Annonce nur Schwindel verborgen liegen kann. Oder sollte es doch möglich sein, daß man durch Geld auch bei uns in Deutschland den Dokortitel bekommen kann? Von Orden und anderen Titeln ist dies ja allerdings bekannt. Warum schimpft man dann aber über die amerikanischen Gebraüche in Philadelphia?

Gewitterberichte. Ueber das in der Nacht vom Sonntag zum Montag nebergelagene schwere Gewitter bringen die hiesigen Zeitungen längere Berichte, die sämtlich darin übereinstimmen, daß dasselbe in der Stadt bedeutenden Schaden angerichtet hat. Die „Saale-Bez.“ berichtet darüber: „Die niederströmenden gewaltigen Wolfermassen überschwemmten die Straßen der tiefer gelegenen Stadtteile innerhalb kurzer Zeit herab, daß hier und da der Rest einer Zeit lang völlig unterbrochen war; an der Moritzbrücke, Mittelwoche stand das Wasser nach dem wolkentrübigen Regen fischhoch, teilweise ging es über die Bürgersteige. Zahlreiche Keller, ja zu ebener Erde belegene Zimmer in verhältnismäßig guter Gefälligkeit standen unter Wasser. Besonders wurde in kaufmännischen Geschäftsläden, welche bis in die Keller Räume zu Niederlags- und Verkaufszwecken benutzt werden, erheblicher Schaden angerichtet, lo namentlich in der Großen Seitenstraße, in einer Wölhe ist ein großer Pfosten Maß durch eindringendes Wasser fast gewonnen. Der Sand der Bromenden lief zum großen Teil vom Wasser weggespült, ebenso wie der in verschiedenen Straßen anlässlich von Pflasterungen angefahren. In verschiedenen Kellern und tiefer gelegenen Höfen sind durch das große Wasser große Schlammmassen angeschwemmt. Zahlreiche starke Räume in der Stadt und Umgebung sind durch den Sturm unterzogen oder mitten im Staum abgedröcken. Der Hagel hat auch den Ostbanange sowie den Feldfrüchten empfindlich geschadet. Geschäftsführer, welche während des Unwetters mit Gütwerten unterwegs waren, mußten, da sie nicht mehr vorwärts konnten, auf der Straße Halt machen und die Pferde hinter die Wagen ziehen. Der starke Hagelschlag hat auch unter der Vogelwelt Vöherzungen angerichtet. Vögeln früh wurden in größeren Gärten eine Menge toter Vögel aufgehoben.“ Während die „Saale-Bez.“ wie auch der „General-Anzeiger“ darin übereinstimmen, daß das Gewitter auch auf den Feldern bedeutenden Schaden angerichtet, meldet die „Holl. Jg.“, daß der auf den Feldern und an den Ostbännen angerichtete Schaden „Wott sei Dank ein unerbächtlich“ sei. Es post natürlich sogleich zu der Haltung der „Holl. Jg.“ in der Getreidevollfrage, zu berichten, daß die Feldfrüchte durch den anhaltenden Regen fortgesetzt leiden.

Zahlreiche Spaziergänger empfanden es am Sonntag gegen Abend äußerst lästig, daß in der Bedürfnisanstalt am Leipziger Turm kein Wasser lief, wodurch ein sehr übler Geruch entstand. Sollte das Wasser abgestellt worden sein? Es wird hier wohl nur ein Versähen vorliegen, denn wir vermögen uns nicht vorzustellen, daß an einem Sonntage, wo eine solche Einrichtung noch mehr wie an anderen Tagen frequentiert wird, das Publikum durch Abstellung des Wassers beratiger Beschäftigung wissenschaftlich ausgeübt werden sollte.

Arbeiterbewegung.

Halle. Am Mittwoch, den 12. August, fand im Saale der „Moritzburg“ eine öffentliche Versammlung der Maurer- und Arbeitervereine von Halle und Umgegend statt, in welcher Genosse Hofmeister über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Bedeutung“ referierte. Redner erläuterte, was man unter Sozialdemokratie versteht, ging dann weiter auf die Entwicklung derselben ein und stellte den Grundbegriff auf, daß die Sozialdemokratie die notwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, da durch die planlose Wirtschaftsweise die Gesellschaft zu Grunde gerichtet wird. Redner weist an verschiedenen Beispielen nach, wie das Kapital nur seinen eigenen Vorteil im Auge habe und sich nicht darum kümmerge, ob hunderte von Arbeitern im Elend zu Grunde gingen, wenn nur der nötige Profit für sie immer abfalle. Dann erläutert Redner das Programm der Sozialdemokratie in seinem vollen Umfange in leicht verständlicher Weise und forderte die Anwesenden auf, über ihre Lage nachzudenken und sich der bestehenden Organisation anzuschließen. In warmen Worten legte er es den Versammelten ans Herz, für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten. Allgemeiner Beifall lobte den Redner für seinen gut durchgeführten Vortrag. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 12. August 1891 in der „Moritzburg“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer- und Arbeitervereine von Halle und Umgegend schließt sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an, und ver spricht mit allen ihr zu geböte stehenden geistlichen Mitteln für die Ziele der Sozialdemokratie und immer mehr für deren weitere Ausbreitung voll und ganz einzutreten zu wollen.“ — Der zweite Punkt der Tagesordnung, Abredung über die Kongresslisten, mußte zurückgestellt werden, da Kollege Bauer nicht anwesend war. — Der dritte Punkt erledigte sich durch die Wahl dreier Vertreter zum Verein V. werkschaftsrat. — Beim vierten Punkt der Tagesordnung entpinn sich eine Debatte über Vorkation und Zentralisation zwischen den Kollegen Kramert und Ebel. Kollege Sporte erlud die Versammelten, sich in der „Moritzburg“ zum Verlauf ausliegenden Protokolle anzuschließen. Kollege Kramert gab noch an, daß beim Bau der Zementfabrik 22 und 23 Pf. Stundenlohn gezahlt würden. Zum Schluß forderte der Vortragende die nicht organisierten Berufsgenossen auf, sich der Organisation anzuschließen.

Wien, 17. August. Bestern und vorgestern fand hier ein von 100 Delegierten, auch aus Deutschland, besuchter Schneidertag statt. Allgemein wurde über die missliche Lage der Standes geflagt. Als bestes Abhilfsmittel wurde der Streik empfohlen. Schließlich wurde die Gründung von Landesgewerkschaftsvereinen beschlossen.

Paris, 17. August. Die Kärner von Paris haben heute den Zustand beschlossen.

Berlin, 17. August. Infolge der übertriebenen Steigerung der Roggenpreise liegt die Abicht vor, zur Brot-ernährung der Armee Weizen heranzuziehen.
Hamburg, 15. Aug. Eine Hausungung fand in der Redaktion, Expedition sowie der Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs des „Samb. Echo“ statt. Geucht

